

Pressemitteilung

21. November 2023

Pressemitteilung der Stadtratsfraktion Die Linke Bad Kreuznach

Die Linke lehnt die drastische Gebührenerhöhung des Bewohnerparkens ab und mahnt nachhaltige echte Lösungen an.

Ordnungsdezernent Schlosser verkennt die Not der Anwohner und fördert „Wildparken“

In der für ihn nicht unüblichen Art hat Ordnungsdezernent Schlosser während der Haushaltsberatungen des Finanzausschusses eine drastische Erhöhung der Gebühren für das Bewohnerparken ab Januar 2024 angekündigt. Für die Stadtratsfraktion der Linken nimmt deren Vorsitzender Jürgen Locher hierzu Stellung.

Die Linke lehnt diese Erhöhung ab. Auch wenn es richtig ist, dass die Verwaltung hier den Stadtrat nur anhören muss, war der Ordnungsdezernent dann doch gut beraten einen Weg zu suchen, den die Mehrheit im Stadtrat mitgehen.

Für viele Betroffene wäre die Anhebung der Gebühr von 30 auf 360 Euro eine Belastung, die sie nicht stemmen könnten. Auch die kurzfristige Ankündigung durch die Verwaltung lasse den Menschen nicht ausreichend Zeit, nach Alternativen zu suchen. „Deshalb muss Herr Schlosser seine Vorlage dringend überarbeiten“, fordert Jürgen Locher.

Auch der Linken sei bewusst, dass der Betrag von 31,50 Euro pro Jahr nicht gehalten werden könne. Eine Erhöhung müsse allerdings angemessen sein und sie müsse unbedingt mit einem räumlichen Konzept unterfüttert sein, mahnt Locher. Denn die Folge von Schlossers Plan wäre ein Ausweichen in die Gebiete ohne Bewohnerparken, was dort den Druck erhöhen würde.

„Beides ist aus unserer Sicht nicht gegeben. Der Ordnungsdezernent produziert mit diesem Schuss aus der Hüfte nachvollziehbaren Ärger bei den Bürgerinnen und Bürgern, fördert Parkchaos und ‚Wildparken‘ ohne eine nachhaltige Lösung anzubieten“, so Locher.

Die Fraktion DIE Linke schlägt eine Gebühr von maximal 120 Euro vor. „10 Euro pro Monat ist aus unserer Sicht angemessen und für die Bewohner*innen verkraftbar“, so Locher.

Allerdings müsse mit einer Gebührenerhöhung für das Bewohnerparken aus Sicht der Linken zwingend eine Erhöhung der Stellplatzablässe für Gewerbebetriebe, Geschäfte, Gastronomie und Vermieter einhergehen, die selbst nicht ausreichend viele Parkplätze vorhalten. Diese liege seit Jahren deutlich unter den Kosten der Herstellung eigener Stellplätze.

Die Linke

Pressemitteilung

Jürgen Locher: „Wir schlagen hier eine Anhebung der Stellplatzabläse auf mindestens 12.000 € vor. Das ist eine ausgewogene und vernünftige Kostenaufteilung“.

Anstatt auf die Schnelle und auf dem Rücken der Bewohner*innen Haushaltslöcher stopfen fordert Jürgen Locher nachhaltige Lösungen vom Ordnungsdezernent ein. „Nahezu in der ganzen Stadt gibt es mehr Autos als Stellplätze. Deshalb müssen die Anreize, auf einen eigenen PKW möglichst zu verzichten, weiter ausgebaut werden. Dazu gehören praktikable Mietautoangebote, ebenso wie die weitere Verbesserung des Busangebotes in alle Teile der Stadt. Der 20 Minutentakt bei den Stadtbussen muss erhalten bleiben und ausgebaut werden. Außerdem brauchen wir eine Stadtplanung, die es jungen wie alten Menschen und Familien ermöglicht, ihren Alltag auch ohne Auto zu meistern“.

Zu prüfen wäre aus Sicht der Linken außerdem, ob es einen Unterschied zwischen Erst- und Zweitfahrzeug eines Haushaltes geben könne und ob es zwischen einem „normalen“ PKW und den 3,5 Tonnern Abstufungen möglich wären.



Jürgen Locher
Fraktionsvorsitzender
Die Linke